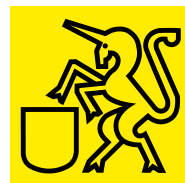


20. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 6. Mai 2013, 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Stefanie Huber (GEU), Gemeinderatspräsidentin Amtsjahr 2012/13 bis Traktandum 7.1 Dominic Müller (CVP), Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2013/14 ab Traktandum 7.2
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Patrick Angele (SP) Bruno Fenner (BDP) Reto Heeb (CVP) Guido Schwegler (SVP)
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Andreas Sturzenegger: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 19. Sitzung vom 8. April 2013
3. Postulat Matthias Maag (EVP) "Energiespar-Contracting" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 169/2012
4. Motion Patrick Schnider (SP/JUSO/Grüne) und 14 Mitunterzeichnende "Benutzergerechte
Räume für Vereine" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 201/2013
5. Volksinitiative "Tempo 50/30 für Dübendorf"
GR Geschäft Nr. 111/2011
6. Bürgerrechtsgesuche:
 - 6.1. Dumont Charles Edouard und Arnout Dumont Nicole, französische Staatsangehörige,
Tichelrütistrasse 35, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 196/2013



- 6.2. Hurtienne-Parent Yvonne Birgit, deutsche Staatsangehörige und Parent David Jean, französische Staatsangehörige, sowie die Kinder Lou und Maé, Rehweg 10, Gockhausen GR Geschäft Nr. 197/2013
7. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2013/14:
 - 7.1. Wahl des Präsidenten des Gemeinderates
 - 7.2. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates
 - 7.3. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Gemeinderates
 - 7.4. Wahl der drei Stimmenzähler

1. Mitteilungen

Mitteilung der Gemeinderatspräsidentin

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum.

Speziell begrüsst sie die Lernenden der Stadtverwaltung mit ihrer Lehrlingsverantwortlichen, die an der heutigen Sitzung als Gäste dabei sind.

Sie gratuliert dem neu gewählten Kantonsratspräsidenten Bruno Walliser und bedankt sich bei allen anwesenden Kantonsräten.

Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 8. April 2013

Der Stadtrat hat folgende neuen Geschäfte überwiesen:

- Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2012
- Volksinitiative „Wohnen für alle“
- Obere Geerenstrasse, Teilstück Kettenweg bis Untere Geerenstrasse (2. und 3. Bauetappe), Erneuerung Kanalisation 1 Sanierung und Neugestaltung Strasse, Bauabrechnung

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Folgende neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro eingegangen:

- Motion Patrick Schnider (SP/JUSO/Grüne) und 14 Mitunterzeichnende „Benutzergerechte Räume für Vereine“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne) „Umsetzung Gegenvorschlag Krippeninitiative“

Folgende Beantwortungen des Stadtrates sind eingegangen:

- Postulat Matthias Maag (EVP) „Energiespar-Contracting“ / Beantwortung des Stadtrates (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)



Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine

2. Protokollgenehmigung der 19. Sitzung vom 8. April 2013

Zum Protokoll der Sitzung vom 8. April 2013 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Postulat Matthias Maag (EVP) "Energiespar-Contracting" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 169/2012

Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat aufrechtzuerhalten.

Matthias Maag (EVP)

„Ich möchte dem Stadtrat für die Beantwortung meines Postulates recht herzlich danken. Einmal mehr zeigt die Antwort des Stadtrates auf, wie zum Teil Postulate behandelt werden. Bereits im ersten Abschnitt der Stellungnahme beweist der Stadtrat, dass er den Postulats-Text nicht richtig interpretiert hat. Er behauptet, die Energiesparpotenziale seien weitgehend bekannt. Wenn diese Potenziale bekannt sind, so hätte er mit offenen Karten spielen können und diese in seiner Stellungnahme vorlegen können. Und dann wäre ja der erste Schritt des Postulates bereits gemacht und die Stadt könnte sich den Energieberater welcher im Postulat verlangt wird teilweise sparen. Der Stadtrat möchte das Energie-Contracting-Angebot allenfalls in Zusammenarbeit mit der Glattwerk AG aufbauen. Ich finde, dass die Glattwerk AG ihre Arbeit sehr gut macht, jedoch in diesem Fall zum Energieberater gemacht würde. Zudem ist die Unternehmung dem Stromverkauf verpflichtet. Sie wäre allenfalls geeignet als Contracting-Partner. Es geht im Postulat nicht um ein Energie-Contracting-Angebot, sondern darum, vorerst einmal abzuklären, wo für die Stadt Dübendorf überhaupt Sparmöglichkeiten bestehen. Erst dann hätte der Stadtrat überhaupt entscheiden müssen, was er mit welcher Idee realisieren will. Das Vorgehen ist im Postulat beschrieben worden und sei hier nochmals wiederholt:

- Erfassen aller Ideen und Energiesparpotenziale durch einen unabhängigen Berater
- Beurteilung und Bewertung der Möglichkeiten durch den Stadtrat zuhanden der Ausschreibung.
- Ausschreibung und Auswahl des Contracting-Unternehmens

Eine Energieberatung für Private hat nichts mit diesem Postulat zu tun. Und auch die Bemerkung „...ob ein neues Angebot für die Glattwerk AG auch betriebswirtschaftlich sinnvoll ist...“ zielt komplett an meinem Vorstoss vorbei, Die Wirtschaftlichkeit muss der Contracting-Nehmer bei der Ausschreibung beurteilen. Hier verwechselt der Stadtrat Birnen mit Äpfeln. Alles in allem hat der Stadtrat die Chance verpasst, eine Möglichkeit auf Gemeinde-Ebene zu nutzen, welche im Ausland schon längst üblich ist. Die Antwort des Stadtrates erstaunt umso mehr, als die die Unterlagen der Deutschen Energie-Agentur (Handbuch + CD) zur Verfügung standen aus welchen ersichtlich ist, wie ein solches Verfahren durchgeführt werden könnte. Mein Eindruck ist, dass die bearbeitende Abteilung in der Verwaltung diese nicht einmal richtig gelesen hat. Aus den vorerwähnten Gründen bin ich nicht für eine Aufrechterhaltung des Postulates und bitte meine Gemeinderatskollegen gegen eine Aufrechterhaltung zu stimmen.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine.



Allgemeine Diskussion:

Daniel Brühwiler (GEU/glp)

Ihm sei beim Lesen der Antwort des Stadtrates aufgefallen, dass abwechselnd die beiden Begriffen „Energie-Contracting“ und „Energiespar-Contracting“ verwendet wurden und man somit nicht wisse, was der Stadtrat meine. Darum wolle er kurz auf die beiden Begriffe eingehen. Bei einem Energie-Contracting werde eine bestehende Heizung von einem Contractor betrieben, welcher auch für den Einkauf des Energieträgers zuständig sei. Der Hausbesitzer kaufe nur die Wärme, welche mittels zwischengeschalteten Wärmezählers gemessen werde. Diese Form des Contractings habe keine Energie-Einsparung zur Folge. Anders sei dies beim Energiespar-Contracting, wo mittels Einsparung von Energie Kosten gespart werden. Ein Teil der eingesparten Kosten gehe als Honorar an den Contractor. Somit verdiene der Contractor nur etwas, wenn er auch Energie einsparen könne. In einer Übersichts-Tabelle erklärt er die verschiedenen Varianten, wo wer Contracting-Nehmer und wo Contractor sein könne. Wichtig sei, dass die Stadt nicht gleichzeitig Contractor und Contracting-Nehmer sein könne. Er erläutert die Variante, wo die Glattwerke als Contractor und Private als Contracting-Nehmer auftreten. Zwar sei die Antwort hier mit „vielleicht“ sehr vage und ein Bericht frühestens im 2014 zu erwarten, er selbst könne das Aufrechterhalten des Postulats jedoch darum unterstützen, da diese Option immerhin etwas biete.

Abstimmung

Das Postulat „Energiespar-Contracting“ wird mit 25 zu 8 Stimmen abgeschrieben.

4. Motion Patrick Schnider (SP/JUSO/Grüne) und 14 Mitunterzeichnende "Benutzergerechte Räume für Vereine" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 201/2013

Begründung Motion

Patrick Schnider (SP/JUSO/Grüne)

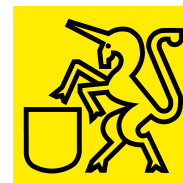
„Wer von Ihnen in einem kulturellen Verein aktiv ist, kennt das Problem: Sie wollen vor einem Konzert eine zusätzliche Probe durchführen, aber das übliche Probelokal ist schon besetzt und Sie finden keinen anderen Raum. Sie müssen die Probe ausfallen lassen. Sie bauen in tagelanger Arbeit Kulissen für ein Theaterstück, die Sie gerne für ein anderes Stück wieder brauchen würden. Sie haben aber keinen Raum, um diese Kulissen bis zum nächsten Einsatz zu lagern. Sie müssen die Kulissen verschrotten. Sie wollen eine Veranstaltung durchführen, zu der Sie viele Zuschauer erwarten, finden aber nur einen Saal der gross genug ist und dieser sprengt das Budget. Sie müssen sich mit einem kleineren Saal begnügen und am Veranstaltungstag viele enttäuschte Besucher wieder nach Hause schicken. Sie haben viele Instrumente, die dem Verein gehören. Mangels Alternativen müssen Sie diese in einem feuchten Keller aufbewahren. Dadurch sind viele Instrumente verschimmelt und nicht mehr spielbar. Sie haben ein Probelokal gemietet. Dieses wird anderweitig gebraucht, und Ihnen wird gekündigt. Trotz langer Suche finden Sie in Dübendorf kein geeignetes Probelokal mehr. Sie weichen in eine andere Gemeinde aus. Vielen Vereinsmitgliedern ist der Weg ins neue Probelokal zu weit und sie verlassen den Verein. Ein Jahr später müssen Sie den Verein mangels Mitgliedern auflösen. Zugegeben, einige dieser Beispiele waren erfunden, aber sie sind leider durchaus möglich. Um solche Szenarien zu verhindern, hat sich vor etwa einem Jahr eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Vereinen zusammengetan. Schnell war klar, dass betreffend Räumlichkeiten für Vereine in Dübendorf grosser Handlungsbedarf besteht. Eine Umfrage unter dübendorfer Vereinen hat das bestätigt. Von allen befragten Vereinen die ein Probelokal benötigen, haben nur die Hälfte eine langfristig zufriedenstellende Lösung gefunden. Die anderen Vereine sind entweder unzufrieden mit dem Probelokal, oder die Situation ist unsicher und sie könnten das Probelokal jederzeit verlieren. Bei Veranstaltungsräumen sind vor allem die Mietpreise und Kapazitätsgrenzen problematisch. Insgesamt haben 20 der 28 befragten Vereine einen Bedarf an



besseren Räumlichkeiten angegeben. Die Umfrage hat gezeigt, dass mehr als ein kleiner Mehrzweckraum nötig ist, um die Probleme zu lösen. Die Vereine zählen auf die Hilfe der Stadt, und haben deshalb diese Motion verfasst. Die Dübendorfer Vereine leisten einen gewaltigen Beitrag an das kulturelle Leben in unserer Stadt. Tausende Stunden von freiwilliger Arbeit werden von den Vereinsmitgliedern investiert. Anlässe wie das Dorffest oder der Chlausmarkt wären ohne die aktiven Vereine undenkbar. Es ist an der Zeit, den Vereinen etwas zurückzugeben. Setzen Sie sich ein für die Dübendorfer Kultur, setzen Sie sich ein für unsere Vereine, unterstützen Sie die Motion.“

Stellungnahme Stadtrat durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Er sehe die Probleme, die Patrick Schnider erwähnt hat. Schlussendlich gehe es aber um eine praktikable Lösung. Der Stadtrat lehne die Motion ab und würde auch einer Umwandlung in ein Postulat nicht zustimmen. Dies, weil der Vorstoss ein grosses Problem habe, er sei nämlich überladen. Bereits der erste Satz der Motion stelle den Stadtrat vor ein Vollzugsproblem. Wenn der Stadtrat eine definitive Lösung vorschlagen müsse und in dieser Lösung schlussendlich mehrere Projekte integriert seien, dann würde dies heissen, dass man an verschiedenen Orten ein Projekt zu bearbeiten. Dafür müsste man Kreditanträge stellen. Für eine definitive Lösung brauche es dann auch eine relativ hohe Sicherheit, dass der Gemeinderat diesen Anträgen zustimme. Neben diesem Vollzugsproblem habe die Motion noch weitere problematische Punkte. Mit dem verlangten Einbezug des VVD, der Oberen Mühle und möglichst vielen Vereinen sehe er ein Problem mit der Gewaltentrennung in Bezug auf die Antragstellung und den Inhalt des Antrags. Auch werde es sehr schwierig, einen Antrag zu stellen, der allen Ansprüchen gerecht werde. Auch hier werde es ein Vollzugsproblem geben. Er wolle nun auf die zu abklärende Standorte eingehen. Auf dem Leepüntareal habe bereits eine vorberatende Kommission gearbeitet und sei daran, dem Stadtrat einen Antrag zu unterbreiten, wie der Entwicklungsprozess stattfinden solle und wie das entsprechende Finanzierungsmodell dazu aussehen solle. Zum Standort Obere Mühle erklärt er, dass der Stadtrat dem Stiftungsrat am 17. November 2011 die Kompetenz zur Projektausarbeitung erteilt habe. Selbstverständlich sei dies dazumal auf die entsprechenden Bedürfnisse zugeschnitten gewesen, angereichert durch Mitbenutzungen der Vereine. Aufgrund der zwischenzeitlich erweiterten Anforderungen sei dem Stadtrat klar, dass ein grösseres Projekt notwendig werde. Einen Ansatz für eine Lösung sei somit nicht der Ersatz des Ökonomiegebäudes, sondern eine Planung des Mehrzweckgebäudes. Der Stadtrat habe am 20. Dezember 2012 beschlossen, die Federführung für die Bearbeitung dieses Projektes zu übernehmen, auch in Sinne einer Unterstützung. Betreffend Schützenhaus sagt er, dass dieses ortsgebunden sei für die Schützen. Jedoch nicht ortsgebunden sei es für jegliche andere Vereinstätigkeit. Darum sei klar und abgeklärt dass es nicht möglich sei, neue Nutzungen ins Schützenhaus zu bringen, dass es nicht im Siedlungsgebiet stehe und darum nicht bewilligungsfähig sei. Weitere Arbeiten, welche im Gang seien bspw. die neue Vereinskordinationssitzung, welche das letzte Jahr zum ersten Mal durchgeführt worden sei. Dort seien sämtliche Vereine eingeladen und er werde ihnen eine Plattform für einen Austausch geboten. Er finde es auch wichtig, dass man auch bestehende Räume in Bezug auf die Auslastung optimiere. Denn die Räume seien vorhanden. Für eine entsprechende Raum- und Infrastrukturbewirtschaftung habe er die entsprechenden Vertreter eingeladen und eine erste Koordinationssitzung habe im letzten November stattgefunden. Die zweite Sitzung finde im Juni 2013 statt. Bereits an der ersten Sitzung habe es sich gezeigt, dass Potential vorhanden sei. Wichtig sei jedoch, dass die Vereine und diejenigen, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen miteinander sprechen und dass eine Koordination stattfinde. Dies sei eine kurzfristige Lösung, die sehr wichtig sei. Zusammengefasst könne man sagen, dass man ein Problem mit der Gewaltentrennung habe sowie ein Vollzugsproblem. Ebenfalls habe man bereits laufende Projekte. Eine Annahme der Motion sehe er nicht als beschleunigend an, sondern aufgrund der komplizierten Struktur eher als ver hindernd. Dazu komme, dass die vorgegebenen Termine für die Motion aufgrund der Komplexität der Aufgabe praktisch nicht einzuhalten wären. Der Stadtrat sei an der Lösung des Problems dran. Er bitte jedoch den



Gemeinderat um Unterstützung, wenn die entsprechenden Anträge eingereicht werden. Ebenfalls bittet er um Ablehnung der Motion.

Allgemeine Diskussion

Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)

Die GEU/glp-Fraktion anerkennt den Raumbedarf der Vereine und steht der Idee auch nicht ablehnend gegenüber. Da jedoch bereits Aktivitäten seitens Stadt in Gange seien, würde die Motion aus ihrer Sicht diese Aktivitäten einengen und zu enge Vorgaben für mögliche Lösungen machen. Ausserdem sei die GEU/glp-Fraktion befremdet, dass die finanziellen Forderungen der Motion nicht genauer definiert seien. Die GEU/glp-Fraktion würde allenfalls einem Postulat zustimmen, da der Stadtrat so die Möglichkeit hätte, in eine Bericht aufzuzeigen, welche Gespräche im Gange seien und welche Lösungsvorschläge bereits erarbeitet worden seien.

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)

Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Es gehe darum dass der Stadtpräsident sagte, dass die Probleme erkannt seien. Wieso habe man dann noch keine Lösungen? Der Stadtpräsident stelle richtigerweise fest, dass der Punkt 2 dieser Motion sehr zentral sei. Es gehe darum, die Vereine mit in ein Boot hereinzuholen, damit sie an einen Tisch sitzen und gemeinsam etwas erarbeitet werde. Sie sei in der Arbeitsgruppe des VVD dabei gewesen. Auch viele Vereine seien in dieser Arbeitsgruppe aktiv. Und diese Vereine wollen ganz klar, dass jetzt endlich etwas Konkretes vorwärts gehe. Die Vereine seien bereit und würden grossen Wert auf diese Motion legen. Es sei bewusst eine Motion und nicht ein Postulat eingereicht worden, um die Dringlichkeit und Wichtigkeit aufzuzeigen.

Abstimmung

Der Motionär will keine Umwandlung in ein Postulat. Die Motion „Benutzergerechte Räume für Vereine“ wird mit 18 zu 13 Stimmen abgelehnt und ist damit abschliessend behandelt.

5. Volksinitiative "Tempo 50/30 für Dübendorf" GR Geschäft Nr. 111/2011

Referat GRPK-Mehrheit

Max Senn

„Die Initiative wurde mit 653 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Initiativtext lautet: „Die Stadt Dübendorf setzt auf dem Gemeindegebiet das Modell Tempo 50/30 um. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Auf verkehrsorientierten Strassen gilt Tempo 50 und auf siedlungsorientierten Strassen in Wohnquartieren sowie Aussenwachen und in der Nähe von Schulhäusern und Kindergärten gilt Tempo 30.
2. Die Umsetzung des Modells erfolgt möglichst kostengünstig und beinhaltet ausschliesslich die zwingend notwendigen baulichen Massnahmen zur Erreichung der gesetzlich vorgeschriebenen Vorgaben.
3. Die Umsetzung des Modells erfolgt etappenweise und in Koordination mit notwendigen, geplanten Strassen Unterhaltsarbeiten.“

Was will diese Initiative: Sie will, dass auf verkehrsorientierten Strassen Tempo 50 und auf siedlungsorientierten Strassen in Wohnquartieren sowie Aussenwachen und in der Nähe von Schulhäusern und Kindergärten Tempo 30 gilt. Was sind verkehrsorientierte Strassen? Gemäss BFU bilden diese Strassen das übergeordnete Netz und ermöglichen sichere leistungsfähige und wirtschaftliche Transporte. Sie sind primär auf die Anforderungen des Motorfahrzeugverkehrs ausgerichtet. ZB. die Überlandstrasse. Siedlungsorientierte Strassen gemäss BFU sind untergeordnete Strassen, die allen verkehrsteilnehmenden zur Verfügung stehen. Sie sind so zu

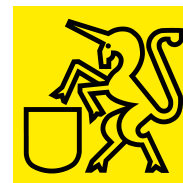


gestalten, dass sie mit niedrigen Geschwindigkeiten befahren werden müssen. Das Signal "Tempo 30" bezeichnet Strassen in Quartieren oder Siedlungsbereichen, auf denen besonders rücksichtsvoll gefahren werden muss. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 30 km/h. In Tempo 30 Zonen hat der Fussgänger keinen Vortritt. Die Fussgängerstreifen werden entfernt. Aber es gibt Ausnahmen. Wenn besonderen Vortrittsbedürfnissen für Fussgänger dies erfordern, namentlich bei Schulen und Heimen. Zu erwähnen ist: Dübendorf hat keine Umfahrungsstrassen, was die Einführung von Tempo 30 erleichtern würde. In nächster Zeit ist auch keine Umfahrungsstrasse vorgesehen. Alle Strassen, bei welchen Tempo 30 gelten soll, müssen vom Kanton bewilligt werden. Wie im Initiativtext erwähnt, soll die Umsetzung der Initiative 50/30 etappenweise und in Koordination mit den notwendigen, geplanten Strassenunterhaltsarbeiten erfolgen. Über die Vorteile von Tempo 30 werde ich mich nicht äussern, da dies allen bekannt ist. Nur die eine Bemerkung: Tempo 30 erhöht die Fahrzeit nur unwesentlich. Die GRPK Mehrheit empfiehlt Euch, der Initiative zuzustimmen.“

Referat GRPK-Minderheit

Marcel Berli

„Es ist lustig, wie Tempo 50 innerorts unterschiedlich ausgelegt werden kann. Bis jetzt wurde jedoch der übergeordnete Verkehr vergessen. Dieser ist jedoch vor allem in Dübendorf sehr entscheidend. Es ist uns darum ein wichtiges Anliegen, dass bei einem Resultat von 6:5 bei 13 möglichen Stimmen auch die Beweggründe für ein klares Nein zu diesem Geschäft erläutert werden. Die Minderheit der GRPK hat sich im Gegensatz zu den Befürwortern in erster Linie nicht um einzelne und auch verständliche Bedürfnisse für sinnvolle Tempo 30-Beschränkungen um Schulhäuser Kindergärten oder Gefahrenzonen konzentriert. Wir haben uns dem Initiativtext angenommen, die rechtlichen Konsequenzen und die Durchführbarkeit für Dübendorf geprüft. Ebenfalls haben wir versucht die dadurch entstehenden Aufgaben und Kosten für die Stadt inkl. den notwendigen Gutachten ins Verhältnis zur Forderung der Initiative zu stellen. Das Ergebnis war für uns erschreckend! Warum wir die Befürworter trotz unseren schriftlich belegbaren Resultaten nicht zum Nachdenken bewegen konnten entzieht sich leider unserer Kenntnis. Wir können uns aber nicht vorstellen, dass sich die Initianten wirklich die Mühe genommen haben, die Richtpläne des Kantons Zürichs in Zusammenhang mit der Verkehrssituation von Dübendorf in Abhängigkeit zum übergeordneten Verkehr gemäss den bestehenden Gesetzesgrundlagen zu prüfen. Ebenfalls fragen wir uns ob bei der Unterschriftensammlung dem Stimmvolk bewusst gemacht wurde, dass diese Initiative nur die Kommunalstrassen betrifft die nicht dem übergeordnetem Verkehr unterliegen. Das aber auch sämtliche kommunalen Verbindungs- und Zuführstrassen und alle Verkehrsachsen die dem übergeordneten Verkehr unterliegen und mitten durch Dübendorf führen wie auch die Kantonsstrassen auf unserem Gemeindegebiet, auch bei einer Annahme an der Urne die gewünschte Tempolimitierung nicht eingeführt werden kann. Der vorgeschlagene Initiativtext „Tempo 50/30“ wurde aus der „bfu“- Broschüre 2006 entnommen und ist im Absatz 2 und 3 noch leicht den eigenen Parteizielen der Initianten angepasst. In dieser Broschüre wurden auch Vorträge für Gemeinderäte und Behördenmitglieder angeboten über die Problematik in grösseren Städten und wie man eine grössere Akzeptanz bei der Bevölkerung für die Einführung von flächendeckenden Tempo 50/30 Zonen erreichen kann. An und für sich ist das ja in Ordnung. Wenn man aber diese Vorträge nicht besucht, sich nicht spezifisch mit der vorhandenen Verkehrssituation von Dübendorf beschäftigt und sämtliche aufgeführten Kosten und notwendigen Vorarbeiten, in der Initiative nicht erwähnt, geht dies für uns schon bald in die Richtung von Verschleiern der zukünftigen Aufgaben und Kosten die dadurch unserer Stadt zwingend anfallen werden. Machen wir uns nichts vor, Dübendorf macht Werbung mit seiner hervorragenden verkehrstechnischen Lage mit direktem Autobahnanschluss in 3 verschiedene Richtungen, der unmittelbaren Nähe zum Flughafen Kloten und der Stadt Zürich. Dies ist ohne den übergeordneten Durchgangsverkehr nicht realisierbar! Ebenfalls baute Dübendorf in den letzten 20 Jahren die meisten Wohnblöcke und Wohnüberbauungen direkt an sämtliche Hauptverkehrsachsen, Verbindungsstrassen. Zum Beispiel die Ueberland- Zürich- und Höglstrasse. Auch Richtung Uster oder Glattzentrum wird direkt an die verkehrsorientierten Strassen gebaut. Gleichzeitig wurden sämtliche Projekte für mögliche Umfahrungsstrassen auf Dübendorfer Gebiet bekämpft, sind gestorben oder im kantonalen Richtplan sogar gestrichen worden! Ohne diese



Umfahrungsstrassen haben wir keine Chance, Tempo 50 oder Tempo 30 auf verbindungs- oder verkehrorientierten Strassen einzurichten; auch wenn die Initiative angenommen wird. Unserer Meinung nach werden hier ganz klar falsche Illusionen geweckt und auch die geforderten Gleichbehandlungen der Aussenwachten sind nachweislich nicht realisierbar! Für Temporeduktionen in Aussenwachten an Kommunalstrassen kann Dübendorf Anträge mit Gutachten an das Tiefbauamt stellen. Bei Aussenwachten an verkehrorientierten Verbindungs- und Kantonsstrassen entscheidet alleine der Kanton, dies kann mit einem einzigen Telefon ans Tiefbauamt abgeklärt werden. Wir haben im Gegensatz zu den Initianten auch in der ganzen Schweiz nach Beispielen und Ortschaften mit eingeführten Tempo 50/30 Zonen gesucht. Denn in der Zwischenzeit wurde der vorgeschlagene und übernommene Initiativtext vom „bfu“ vom Netz genommen. Nun kommt der Ober-Hammer! Bis heute sind 147 Initiativen mit ähnlichem Wortlaut abgelehnt worden und keine einzige Initiative kam bis heute in der gesamten Schweiz in dieser Form zustande! Das Fehlen von Gesetzesgrundlagen, genauen Definitionen, wie „siedlungsorientierten Strassen“ und das verlieren der Berechtigung von möglichen Einzeleinsparungen bei Verkehrsberuhigungen (gemäss bfu-Verordnung), sind aufgeführte Gründe warum es Niemandem in der Schweiz in den letzten 7 Jahren gelungen ist, eine solche Initiative durch- oder umzusetzen. Das „bfu“ hat bereits ihre Strategie geändert und empfiehlt heute in der gleichen Broschüre einzelne Tempo 30 Zonen einzuführen um schnell und kostengünstig das Haupt-Ziel zu erreichen: Sicherheit an gefährlichen und exponierten Stellen! Wir fragen uns wirklich, warum dies in Dübendorf einfach nicht wahrgenommen wird und man fast krankhaft an dieser Initiative festhält. Wir werden aus diesem Grund genau darüber wachen, ob sämtliche geforderten Gutachten über die Verkehrssituation auf dem gesamten Gemeindegebiet und alle notwendigen Kredite für die zwingenden baulichen Massnahmen der Initiative bei der Volksabstimmung beiliegen gemäss den gesetzlichen Grundlagen. Damit dem Stimmvolk das wirkliche Ausmass dieser Initiative gezeigt werden kann! Wir appellieren aber lieber an die Vernunft des Gemeinderates und hoffen, dass er solche Initiativen die sich gesamtschweizerisch in dieser Form nachweislich als nicht durchführbar erweisen, nicht unterstützt und dem Minderheitsantrag folgt. Der Beurteilung über den Gegenvorschlag des Stadtrates schliessen wir uns jedoch der Mehrheit an und lehnen diesen ebenfalls einstimmig ab. Wir empfehlen dem Stadtrat diesen zurück zu ziehen, da er in keiner Weise auf die Bedürfnisse der Initianten eingeht, oder die Formulierungen so zu wählen das sie in welcher Form auch immer nachvollziehbar oder noch besser kontrollierbar sind.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Stadtrat durch den Sicherheitsvorstand André Ingold

„Das Thema Verkehr ist eine sehr komplexe Materie, der sich der Stadtrat seit 2010 angenommen hat. Die Aufgabe des Verkehrsausschuss ist die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes für Dübendorf mit all seinen Quartieren und Aussenwachten unter Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer. Auch der Beizug der involvierten Partner aus dem Kanton Zürich (Kapo, Tiefbauamt), des ÖV, sowie der Bedürfnisse der Dübendorfer Bevölkerung wird grosse Beachtung geschenkt. Bereits sind einige Verbesserungen durchgesetzt und umgesetzt worden. Die Initiative fordert auf verkehrorientierten Strassen Tempo 50 und auf siedlungsorientierten Strassen Tempo 30. Dies sind eigentlich die gleichen Forderungen wie bei der letzten Abstimmung betreffend Tempo 30 und kommt einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 gleich. Die Umsetzung soll kostengünstig und nur mit den zwingend notwendigen baulichen Massnahmen erfolgen. Dieses Ziel hat der Stadtrat resp. die Verkehrskommission auch, nur müssen wir uns auf die Vorgaben des Kantons abstellen. Es besteht hier praktisch kein Handlungsspielraum. Jede Tempo 30 Zone muss bei den kantonalen Stellen mit einem neutralen Gutachten das die Stadt Dübendorf beauftragen muss, beantragt werden. Der Kanton entscheidet anschliessend aufgrund des vorliegenden Gutachtens, ob die Tempo 30 Zone erstellt werden kann, oder nicht. Ob zusätzliche Massnahmen notwendig sind oder nicht. Aufgrund dieses Ablaufes hat die Stadt Dübendorf keinen Einfluss auf die Kosten. Die Initiative fordert die etappenweise Umsetzung der Massnahmen unter Berücksichtigung von notwendigen und geplanten Sanierungsmassnahmen bei den Strassen. Die etappierte

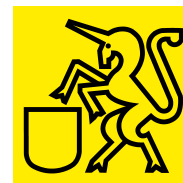


Umsetzung der Massnahmen macht Sinn. Aber auch hier muss darauf hingewiesen werden, dass bei Sanierungen von einzelnen Strassenzügen durch den Kanton keine Tempo 30 Strasse bewilligt wird. Unsere Vorabklärungen haben klar ergeben, dass der Kanton auf einzelnen Strassenzügen praktisch kein Tempo 30 bewilligt, egal ob ein Schulhaus betroffen ist oder nicht. Somit ist die Koordination mit der Sanierung einzelner Strassenzüge hinfällig. Der vom Stadtrat erarbeitete Gegenvorschlag nimmt die ob genannte Problematik in jeglicher Hinsicht auf, ermöglicht es aber, auf die Umsetzung von Tempo 30 Massnahmen in Quartieren abzusehen, wenn diese gar nicht nötig und nicht bewilligungsfähig sind. Ein Beispiel: Im Quartier zwischen Dietlikon-, Wangenstrasse und Chriesbach ist es heute aufgrund der Strassenverhältnisse und der bereits seit langem vorgenommenen Massnahmen von versetzten Parkfelder und Belagskissen nicht möglich, mit Tempo 50 durchs Quartier zu fahren. Warum also viel Geld für Gutachten und Massnahmen ausgeben, wenn die Umsetzung von Tempo 30 in diesem Quartier gar nichts bringt. Die von den Initianten geforderten Tempo 30 Zonen gibt noch keine Garantie, dass der Durchgangsverkehr von den Quartieren abgehalten wird oder nicht. Wie ja die Initianten selber schreiben, verliert man in den Tempo 30 Zonen nicht viel Zeit bis zur nächsten Sammelstrasse auf der Tempo 50 gilt. Auch hier ein Beispiel: Kommt ein Automobilist von Fällenden und will zur Giessen Kreuzung möchte er den Stau an der Höglerstrasse umfahren. Somit wird er die Wilstrasse nehmen, die als Sammelstrasse dient. Bei der unteren Zelglistrasse wird er nach links und nachher nach rechts in die Kirchbachstrasse einbiegen. Dieser folgt er vor bis zur Neugutstrasse, die wieder als Sammelstrasse dient. Somit wird er sehr wenig Zeit verlieren. Dies belegt, dass eine Tempo 30 Zone im Zelgli und Birchlenquartier, den Schleichverkehr nicht davon abhält, durch die Quartiere zu fahren. Der Gegenvorschlag vom Stadtrat sieht aber genau im Durchgangs- und Schleichverkehr ein weiteres grosses Problem. Dieser Durchgangsverkehr gilt es primär aus dem Quartieren fernzuhalten. Mit geeigneten Massnahmen notabene aber nicht zwingend mit einer Tempo 30 Zone. An dieser Stelle könnte ich noch viele Vorteile des Gegenvorschlages aufzählen, ich möchte es aber bei den zwei genannten Beispielen belassen. Das Fazit ist klar. Die Initiative möchte eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 Zonen in den Quartieren, auch wenn es gar keinen Sinn macht. Die Initianten fordern Tempo 30 Zonen, obwohl heute noch gar nicht bekannt ist, ob diese flächendeckende Einführung in den Quartieren überhaupt bewilligungsfähig ist. Die Initianten argumentieren auch damit, dass die schwächeren Verkehrsteilnehmer sich sicherer fühlen. Ist es diesen sogenannten schwächeren Verkehrsteilnehmern bewusst, dass es in Tempo 30 Zonen keine Fussgängerstreifen mehr gibt? Die Initiative blockiert die seit geraumer Zeit eingeschlagene Verkehrspolitik der Stadt Dübendorf in allen Bereichen und ist ein Rückenschuss in die bis heute erarbeiteten Schritte in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern aus dem Kanton, der Bevölkerung und weiteren Interessengruppen. Aus dem ob genannten Fazit bleibt eigentlich nur eine Möglichkeit für den Gemeinderat offen. Die Initiative gilt es abzulehnen und den Gegenvorschlag des Stadtrates anzunehmen. Nur so kann der eingeschlagene Weg des Stadtrates weiter erfolgreich begangen werden. Und kommen Sie heute nicht zur Überzeugung, dass die Initiative am Ziel vorbeischießt, dann machen Sie sich an der Infoveranstaltung des Verkehrsausschuss vom 28.05.2013 davon ein Bild, was bereits getan wurde und was in die Wege geleitet wurde. Spätestens da müssen Sie zum Schluss kommen, dass die Initiative in dieser Form abzulehnen ist und der Gegenvorschlag des Stadtrates die richtige Vorgehensweise für die anstehenden Verkehrsprobleme ist.“

Allgemeine Diskussion

Valeria Rampone (GEU/glp)

„Wir wünschen uns Tempo 30.“ Dieser Wunsch ist 8 Mal von Dübendorferinnen und Dübendorfer an den SR gerichtet worden, und zwar bei 8 verschiedenen Gelegenheiten, nämlich an den 8 vom SR im Jahr 2011 durchgeführten Quartierveranstaltungen. Ziel von den QV ist es gewesen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfassen, damit man sie in das Gesamtverkehrskonzept einfließen lassen kann, das – ich sage es mal neutral – in Arbeit ist. Das heisst also: In allen Quartieren ist T30 ein Bedürfnis. Das hat auch der SR am 9. Workshop festgehalten, der mit Vertretern von Parteien und vom Gewerbe durchgeführt wurde (=> Folie 2). In den Unterlagen für den Workshop hat der SR das geschrieben: Wir dürfen dieses Bedürfnis nicht ignorieren. Auch der SR hat das erkannt und sich das



Thema Verkehr in die Agenda geschrieben. Und wo stehen wir punkto T30? Hier: (=> Folie 3) Das scheint nicht nur auf den ersten Blick ziemlich mager. Im Gegenzug ist die Realisierung der beiden T30-Zonen umso mühsamer und kostspieliger gewesen. Warum wollen Teile der Bevölkerung T30, in Dübendorf und vielen anderen Gemeinden? Wir können zwar nur spekulieren, aber die Erfahrung sagt uns, dass die Menschen folgendes wollen: weniger Verkehr in den Quartieren, weniger Lärm, mehr Sicherheit, mehr Raum zum Leben. Kurz: mehr Wohn- und Lebensqualität. Kann T30 das leisten? Die Antwort ist mehrfach wissenschaftlich belegt: Ja! Auch wenn noch alte Vorurteile herumgeistern: Zum Beispiel wird immer noch behauptet, man müsse bei T30 dauernd auf den Tacho schauen und sei darum abgelenkt. Warum es schwieriger sein soll T30 einzuhalten als T50, bleibt mir ein Rätsel. Nein, man kann klar sagen, dass T30 die Sicherheit massiv erhöht. (=> Folie 4) Auf der Folie sehen Sie einige Daten dazu. Zudem macht es Strassen und Gebiete unattraktiver für Schleichverkehr. Der Quell- und Zielverkehr verliert dabei kaum Zeit. Unsere VI trägt den Namen ‚Tempo 50/30 für Dübendorf‘ und orientiert sich an einem Modell, das von der bfu (Beratungsstelle für Unfallverhütung) erarbeitet worden ist. Das Modell greift ein zentrales Anliegen auf: Es wird auf ganzen Gemeindegebieten angewendet. Das Prinzip hat Max Senn schon erklärt. Auf der Folie sehen Sie die Definitionen der beiden zentralen Begriffe, die nicht von der bfu stammen, sondern allgemein gültig sind. (=> Folie 5) Experten wissen also, wovon da die Rede ist. Das Modell ist bis heute noch nie auf eine ganze Gemeinde angewendet worden, mehreren Gemeinden sind aber auf dem Weg dazu. Zahllose andere Gemeinden haben entsprechende Projekte mit T30 in Wohnquartieren und T50 auf Hauptverkehrsachsen umgesetzt, unabhängig von diesem Modell. Es ist also nicht so, dass dieses Prinzip exotisch wäre. Wenn ein Verkehrsregime T50/30 schlussendlich nicht umgesetzt wurde, dann sind die Gründe vor allem politischer Natur gewesen. Das herausragendste Merkmal des Modells ist, dass es ganzheitlich ist. Und das kann durchaus abschreckend wirken. Es betrachtet den gesamten Verkehr auf einem Gebiet, Haupt- und Nebenstrassen, Kantons- und Gemeindestrassen, den MIV, den ÖV, den Velo- und Fussgängerverkehr. Das ist die Stärke dieses Modells. Denn Verkehr passiert nicht punktuell, er fliesst und es bestehen komplexe Wechselwirkungen. Durch ein nachvollziehbares Temporegime mit zwei Höchstgeschwindigkeiten schafft das Modell aber auch viel Klarheit. Es zielt darauf ab, Gefahrenpunkte zu entschärfen und gleichzeitig den Verkehr flüssig zu machen. Sozusagen ein Gesamtverkehrskonzept. Der Vorwurf, die Initianten hätten einfach den Wortlaut der bfu in der VI übernommen, ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache. Allerdings eine, die logisch ist, weil wir ja die Umsetzung von eben diesem Modell im Zusammenarbeit mit der bfu vorschlagen. Wir haben übrigens natürlich Rücksprache mit der bfu gehalten und haben daher keine Plagiatsvorwürfe zu befürchten. Häufig wird behauptet, T30-Zonen seien teuer. Dabei kann die VI kostengünstig umgesetzt werden. Statt zahlreiche einzelne Bewilligungsverfahren durchzuführen, was offensichtlich teuer käme, braucht es nur ein Bewilligungsverfahren. Und: In der VI wird explizit festgelegt, dass die Realisierung möglichst kostengünstig zu erfolgen hat. Das kann insbesondere mit zwei Massnahmen erreicht werden. Erstens: Die Umsetzung erfolgt etappenweise und in Koordination mit notwendigen geplanten Strassenunterhaltsarbeiten. Wir können uns also die nötige Zeit nehmen, ein Zeithorizont ist in der VI explizit nicht festgelegt. Denkbar wäre zum Beispiel ein 10-Jahres-Plan. Zweitens: Die T30-Zonen werden nur mit den zwingend nötigen baulichen Massnahmen realisiert. Bei Bedarf wird nachträglich punktuell nachgerüstet. Wie sieht so eine Minimallösung aus? (=> Folie 6) Sie besteht aus Signalisationsmassnahmen wie Bodenmarkierungen und einem einfachen Eingangstor. Zudem müssen einige bestehende Bodenmarkierungen, insbesondere Fussgängerstreifen, entfernt werden, was in Koordination mit notwendigen Strassenunterhaltsarbeiten kein Problem darstellt. Zahllose Gemeinden in der ganzen Schweiz haben so kostengünstige T30-Zonen eingerichtet, z.B. Wald. Ich habe mit der Vorsteherin des Departements Planung und Verkehr der Gemeinde Köniz gesprochen. Köniz hat ca. 40'000 Einwohner auf einem Gemeindegebiet von 51km², das von 170km Strasse und 70km Trottoirs durchquert wird. Dübendorf ist also eine Nummer kleiner. In Köniz ist vor ca. 10 Jahren aufgrund von einer Motion entschieden worden, in allen Wohnquartieren T30 einzuführen. Die Umsetzung ist mittlerweile zu ca. 90% erfolgt. (=> Folie 7) Die Zonen sind mit minimalem Aufwand



eingerrichtet und später punktuell nachgerüstet worden. Die nach und nach anfallenden Kosten sind überschaubar gewesen und über die laufende Rechnung gelaufen. Es ist in den allermeisten Fällen bei Signalisationsmassnahmen geblieben: Bodenmarkierungen oder Leitpfeile. Die Akzeptanz von T30 in der Bevölkerung wurde wissenschaftlich erfasst. Die Studie hat ergeben, dass die Bevölkerung sehr zufrieden ist mit der Verkehrsberuhigung in den Quartieren. (=> Folie 8) Die Könizer sind so überzeugt davon, dass die Gemeinde sogar auf einer stark befahrenen Kantonsstrasse über eine Länge von 300m T30 eingeführt hat. Mitten im belebten Zentrum bewegen sich Autos, LKWs, Busse, Velos und Fussgänger auf der Strasse, ohne Fussgängerstreifen. Und es funktioniert hervorragend. Die Bevölkerung ist begeistert, der Kanton Bern auch, sonst hätte er die T30-Zone nicht bewilligt. Unsere VI ist kein Kreditantrag. Die VI ist in der Form einer allgemeinen Anregung formuliert. Der Entscheid ist also nicht ein Entscheid über einzelne Bodenwellen. Es geht um einen Grundsatzentscheid: Wollen wir ein einheitliches Temporegime in Dübendorf mit den Höchstgeschwindigkeiten 50 und 30? Wollen wir eine Verkehrsberuhigung in den Quartieren? Aber war da nicht noch was? Der SR arbeitet doch seit Jahren an einem GVK. Es wurden QV durchgeführt, Daten erhoben, Studien in Auftrag gegeben. Untergräbt die VI womöglich die geleistete Arbeit? Pfuschen wir dem SR rein? Wenn wir die konkreten Resultate von dieser Arbeit am GVK betrachten, sind die meisten enttäuscht. Wir haben ein ansatzweise umgesetztes Konzept ‚Sichere Schulwege‘, ein Konzept ‚Verkehrsmengensteuerung‘ mit geplanten Eingangstoren, die den Stau ausserhalb des Zentrums halten sollen, ein zaghaftes Arbeiten am Velokonzept und ein Datum für eine kommende Infoveranstaltung. Unsere Erwartungen an das GVK sind vom SR regelmässig geschürt worden, zurückgeblieben ist eine gewisse Ratlosigkeit. Ich will damit nicht sagen, dass die bisher geleistete Arbeit vom SR wertlos ist, auf keinen Fall. Aber die Ausbeute ist bis heute zu klein. Das zeigt sich übrigens auch am Gegenvorschlag, den der SR zur VI vorgelegt hat. Der ist bis zur Unbrauchbarkeit unverbindlich. Die VI pfuscht nicht in die Arbeit des SR rein, sie ergänzt und konkretisiert sie. Ich will das kurz belegen: Im Arbeitsbericht vom kantonalen Amt für Verkehr, den der SR im Rahmen des Konzept ‚Verkehrsmengensteuerung‘ in Auftrag gegeben hat, steht folgendes (=> Folie 9). Im letzten Bericht zum GVK von April 2012 hält der SR fest: (=> Folie 10) Das Modell ‚Tempo 50/30‘ ist ein geeignetes Instrument, um genau diese Anliegen umzusetzen. Übrigens ist auch die bfu der Meinung, dass sich das GVK und die VI ergänzen. Notabene arbeitet der SR im Rahmen des GVK mit der bfu zusammen, sie wissen also ziemlich genau, von was sie sprechen. Darum könnte der Zeitpunkt nicht besser sein für diesen Entscheid. Jetzt ist der Moment! Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt euch folgendes vor: Alle Menschen, die sich in Dübendorf auf den Strassen bewegen, egal mit welchen Mitteln, Ausgangs- oder Zielort, wissen, dass hier die Regeln klar sind. Befinde ich mich auf einer grossen Strasse, gilt T50. Sobald ich mich von dieser Strasse wegbewege auf kleinere Strassen oder aber in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kindergärten, gilt T30. Dieses Regime ist für jeden logisch nachvollziehbar und einfach. Und einfache Regeln werden besser eingehalten, auch ohne dass man die Menschen mit teuren Massnahmen dazu zwingt. Diese VI ist ein konkreter und kostengünstiger Vorschlag, um die Verkehrssituation in ganz Dübendorf zu verbessern. Sie greift die Anliegen der Bevölkerung auf, ist gerecht, weil sie keine Quartiere bevorzugt, und entspricht den Zielen des SR, indem sie sich in seine bisherige Arbeit einfügt. Aus all diesen Gründen: Zeigt der Bevölkerung von Dübendorf, dass ihr sie im Parlament vertretenet und unterstützt diese VI!“

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)

„Wenn man zuhört, finde ich es spannend. Marcel Berli scheint ein Problem damit zu haben, dass die verkehrsorientierten Strassen Tempo 50 bleiben sollten. André Ingold, von der gleichen Fraktion, spricht von flächendeckend. Es ist kein Problem, dass verkehrsorientierte Strassen Tempo 50 bleiben sollen. Dies ist auch in der Initiative so vorgesehen und dies ist auch so. Darum ist die Einführung nicht flächendeckend. Weiter finde ich es spannend, dass der Stadtrat in so vielen Sachen wirklich am Ball ist, Konzepte macht, Probleme erkennt, Konzepte macht, Sitzungen macht, informiert... und trotzdem schafft das Initiativkomitee es immer wieder in relativ kurzer Zeit relativ viele Unterschriften für Anliegen, wo der Stadtrat offensichtlich bereits dran ist, zusammen zu bringen. Irgendetwas



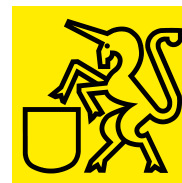
stimmt hier wohl nicht ganz. Die Forderung der Initiative Tempo 50/30 ist für die SP/JUSO/Grüne Fraktion nicht nur sinnvoll, sondern sehr wichtig. Die Initiative schwächt aber mit den zwei weiteren Punkten das Anliegen wieder ab. So soll die Initiative möglichst kostengünstig und etappiert in Koordination mit notwendigen, geplanten Strassenunterhaltsarbeiten umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Initiative, wenn einmal angenommen, nur sehr zögerlich umgesetzt werden wird. Erst wenn dann alle Strassen in Wohnquartieren einmal saniert sind, wird die Initiative vollständig umgesetzt sein. Das kann ewig dauern. Wir möchten eine schnellere Umsetzung dieses wichtigen Anliegens. Und es ist nicht nur uns wichtig sondern auch der Bevölkerung. Uns geht die Initiative also zu wenig weit und zu wenig schnell. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist aber noch unverbindlicher als die Initiative selber. Daher lehnt die SP/JUSO/Grüne Fraktion den Gegenvorschlag des Stadtrates klar ab. Die Initiative jedoch unterstützen wir. Wenn auch etwas schwach, so zielt sie in die richtige Richtung und ermöglicht wenigstens ein schrittweises Einführen von Tempo 30 in Wohngebieten. Bei der Annahme der Initiative muss mit der Umsetzung von Tempo 30 begonnen werden. Falls der Stadtrat Tempo 30 in Wohnquartieren doch mit etwas mehr Tempo als vorgeschrieben umsetzt, so ist das ja zum Glück nicht verboten.“

Peter Bless (BDP/EVP)

«Ich habe den Eindruck, wir reden heute Abend bei diesem Antrag aneinander vorbei. Und wir hören auch nicht mehr aufeinander. Die Meinungen sind bereits gemacht und die Argumente haben gar keine grosse Bedeutung mehr. Ich will dazu ein paar Bemerkungen machen. Wir haben einen Verkehrsplan in Dübendorf und dort sind die Strassen klassifiziert. Und wir haben keine Einteilung in verkehrsorientierte und siedlungsorientierte Strassen. Dies ist etwas was nicht klar ist. Ich meine, dass wenn man die Argumente gegen die Initiative sich anhört und von den emotionalen Vorstellungen wekommt, dann kommt man zum Schluss, dass es gar keine Chance für diese Initiative gibt. Und ich möchte auch dem Stadtrat sagen, dass es von mir aus gesehen keinen Gegenvorschlag braucht zu dieser Initiative, die ohnehin weder umsetzbar ist noch ein Chance hat, angenommen zu werden. Ich möchte den Stadtrat bitten, um nicht noch mehr Verunsicherung im Volk zu generieren, auf den Gegenvorschlag zu verzichten und ihn dem Stimmbürger gar nicht vorlegt.“

Thomas Maier (GEU/glp)

«Ich kämpfe seit mindestens 20 Jahren für Verkehrsberuhigung auf dem Gemeindegebiet von Dübendorf und für Tempo 30-Zonen. Und ich stelle fest, dass sich die Gegner solcher Beruhigungsmassnahmen in einem wahnsinnig netten Kreislauf bewegen. Wenn man alternative Vorschläge wie heute hat, welche moderat sind und wenig Geld kosten, dann heisst es, dass es der falsche Ansatz sei. Es heisst, man solle lieber einzelne Zonen machen, das sei einfacher und besser. Wenn man aber einzelne Zonen fordert – ich erinnere an das Beispiel Hermikon -, dann heisst es, man könne nicht einzelne Zonen machen, man brauche ein flächendeckendes Gesamtkonzept. Dies sei viel günstiger und effizienter. Wenn man ein Gesamtkonzept fordert, heisst es, dass dies viel zu weit gehe, man müsse etappierbare Modelle haben. Der Kreislauf schliesst sich. Die heute gehörten Argumente sind für mich immer wieder die gleichen. Ich habe mit dem Kanton Zürich auch diverse Gespräche mit den entsprechenden Abteilungen und Ämter geführt. Die Antwort dort sei, dass man Bewilligungen wie bpsw. für eine Tempo 30-Tafel im Quartier Chriesbach, günstig und unkompliziert mache. Das immer wieder erwähnte Gesamtverkehrskonzept ist für mich sehr vorsichtig ausgedrückt und Sand in die Augen der Bevölkerung gestreut. Man macht nette Veranstaltungen und verspricht viel. Umgesetzt wird jedoch nichts Konkretes. Wenn ich das Beispiel der Unteren Geerenstrasse anschau, wo man versprochen hat, bei Sanierungen Tempo 30-Zonen einzuführen, dann erinnere ich daran, dass genau diese Strasse jetzt saniert wird. Ich vergleiche mit dem Kanton Appenzell oder Aargau, wo in den Quartieren der Städte Tempo 30-Zonen realisiert wurden. Nur in Dübendorf wird dies nicht gemacht. Und es ist mir ein Anliegen, der Initiative hier im Gemeinderat zum Durchbruch zu verhelfen und auch später, damit wir die Abstimmung gewinnen.“



Sicherheitsvorstand André Ingold

„Bewilligungen werden nicht so einfach erteilt, wie von Thomas Maier erwähnt. Wir haben zwar ein einheitliches Strassenverkehrsgesetz aber die Bewilligungspraxis ist von Kanton zu Kanton leider unterschiedlich. Und der Kanton Zürich hat im Moment einen sehr straffen Masstab. Auch auf die erwähnten Softmassnahmen möchte ich kurz eingehen. Wir müssen nachher nachweisen, dass die Tempo 30-Zonen eingehalten werden. Und zwar dürfen nicht mehr als 15 % Übertretungen vorkommen während der Messung einer Woche. Sie wissen, wo wir heute Tempo 30-Zonen haben. Und die letzten Messungen haben ergeben, dass an der Gutstrasse, wo viele Inseln stehen, mehr als diese 15 % erreicht haben. Das bedeutet, dass der Kanton nun mit uns Massnahmen besprechen wird und wir einen weiteren Ausbau von baulichen Massnahmen vornehmen müssen, die auch durch uns bezahlt werden müssen. Und zuletzt möchte ich noch sagen, dass der Stadtrat nicht gegen Tempo 30 sei. Aber wir sind gegen diese Initiative, die uns vorschreibt, in jedem Quartier Tempo 30 einzuführen. Denn es ist nicht bewilligungsfähig in jedem Quartier. Und wenn sie diese Initiative annehmen, haben wir in 10 Jahren einen Scherbenhaufen, weil nicht für jedes Quartier die Bewilligungen erteilt worden sind. Dies wollte ich ihnen vorher aufzeigen, denn dies sind die Fakten. Wir möchten Ihnen ein Gesamtverkehrskonzept nahelegen, wo wir aufzeigen, wo Tempo 30-Zonen Sinn machen und wo nicht und wo wir sie beantragen werden.“

Abstimmung „Volksinitiative Tempo 50/30 für Dübendorf“

Die Volksinitiative „Tempo 50/30 für Dübendorf“ wird mit 19 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung Gegenvorschlag des Stadtrates

Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird mit 35 zu 0 Stimmen abgelehnt.

Beschluss

1. Die Volksinitiative „Tempo 50/30 für Dübendorf“ wird abgelehnt.
2. Der Gegenvorschlag des Stadtrates wird abgelehnt.
3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

6. Bürgerrechtsgesuche:

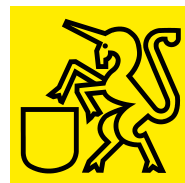
Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) erklärt, dass die Bürgerrechtskommission (BRK) die vorliegenden Anträge geprüft habe. Bei allen Gesuchen wird auf ein Referat der BRK verzichtet, da sie von der Bürgerrechtskommission einstimmig zu Annahme empfohlen werden.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse:

6.1. Dumont Charles Edouard und Arnout Dumont Nicole, französische Staatsangehörige, Tichelrütistrasse 35, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 196/2013

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 2 Stimmen zu.



Beschluss

1. DUMONT Charles Edouard Michel Bern, französischer Staatsangehöriger, geboren am 29. September 1960 in Neuilly-sur-Seine (Frankreich), verheiratet, Chirurg und seine Ehefrau ARNOUT DUMONT Nicole Juliette Alice, französische Staatsangehörige, geboren am 14. Februar 1962 in Paris (Frankreich), verheiratet, Franchise Manager, wohnhaft Tichelrütstrasse 35, 8044 Gockhausen, werden, gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

- 6.2. Hurtienne-Parent Yvonne Birgit, deutsche Staatsangehörige und Parent David Jean, französische Staatsangehörige, sowie die Kinder Lou und Maé, Rehweg 10, Gockhausen
GR Geschäft Nr. 197/2013**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. HURTIENNE-PARENT Yvonne Birgit, deutsche Staatsangehörige, geboren am 20. April 1968 in Hannover (Deutschland), verheiratet, Ärztin und ihr Ehemann PARENT David Jean, französischer Staatsangehöriger, geboren am 4. Januar 1969 in Annecy, Haute Savoie (Frankreich), verheiratet, Ingenieur sowie die Kinder PARENT Lou, deutsche Staatsangehörige, geboren am 6. Juni 2002 in Aarau (AG) und PARENT Maé, deutsche Staatsangehörige, geboren am 7. November 2005 in Zürich (ZH), wohnhaft Rehweg 10, 8044 Gockhausen, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



7. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2013/14:

Rückblick Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber

„Erinnern Sie sich an das Jahr vor ihrem letzten runden Geburtstag? Viele packt da die Wehmut oder ein mulmiges Gefühl. Aber – haben Sie schon einmal probiert, den runden Geburtstag auf das Präsidialjahr zu legen? Nein? Das kann ich Ihnen nur empfehlen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Stadtrat, liebes Publikum; dieses Jahr als „höchste“ Dübendorferin wird mir v.a. durch die vielen schönen und bleibenden Momente als Gemeinderatspräsidentin bleiben – die „3 auf dem Rücken“ statt der 2, die ich seit August trage, fällt da nicht stark so ins Gewicht. Zumal ich ab heute die Bezeichnung „alt“ vor der Gemeinderatspräsidentin führen darf. Die schönen und bleibenden Momente hängen für mich mit den Personen, Vereinen und Organisationen zusammen, die ich kennen lernen und bei denen ich den Gemeinderat vertreten durfte. Als sprechendes Beispiel für die neuen Bekanntschaften möchte ich das Jubiläum des Jahrgängervereins erwähnen: Mitglied werden kann man als männlicher Dübendorfer zwischen dem 62. und 72. Lebensjahr – ich hätte Adolf Schneider und seine Kollegen ohne mein Präsidialjahr und ihr Jubiläum vielleicht nie kennen gelernt. Der Dübi-Award oder Anlässe in der Oberen Mühle haben mich ebenfalls Persönlichkeiten und Künstler entdecken lassen, die ich teilweise vom Hören sagen oder gar nicht kannte. Es sind die Vereine und Gruppierungen, die Dübendorf „zum Leben erwecken“ mit ihrem freiwilligen Einsatz und ihrer Geselligkeit. Als Beispiel möchte ich das Dübi-Fest erwähnen, die Feiern im Gfenn, den Sicherheitstag, das Mitfiebern am EHCD-Spiel, den Gentlemen-Grandprix oder die Jubiläumsvorführung Amélie und Marius der Synchronschwimmerinnen. Auch Organisationen wie die regionale Musikschule tragen viel zur Attraktivität von Dübendorf bei. Es gibt noch viele mehr, die alle aufzuzählen mir aber nicht möglich ist. Das Ratspräsidium hat mich auch – erstmals - in Kontakt mit dem Militär gebracht. Ich danke den Vertretern der Luftwaffe und vom Militärflugplatz Dübendorf für die Einladung an Beförderungsfeiern, den Jahresrapport und die interessanten Gespräche. Neben den Repräsentationen als „Kür“ gibt es aber natürlich die Knochenarbeit des Gemeinderatspräsidiums: Ich durfte seit letztem Mai 6, mit heute 7 Sitzungen leiten und vor- resp. nachbereiten, „Redezeiten einhalten“, Korrespondenz führen usw. Auch in diesem „Pflichtteil“ gab es spannende Aufgaben und lehrreiche Tätigkeiten. Speziell dieses Jahr war die Einführung des „papierlosen Gemeinderats“, wo Dübendorf eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Das Jahr war schnell um und gegen Ende habe ich mir manchmal gedacht, vielleicht hätte man doch noch dieses oder jenes machen können – was man sich vielleicht nicht unbedingt traut oder wo man zu spät erst auf die Idee kommt. Aufgrund dieser vielen Erlebnisse, der Bekanntschaften und der spannenden Tätigkeiten fällt einem der Abschied vom Präsidium nicht leicht. Ein paar Punkte, die mein Amtsjahr etwas getrübt haben, möchte ich Ihnen aber nicht vorenthalten - Es gab einige Veranstaltungen, da wäre ich gerne – als Einwohnerin oder „Fan“ – dabei gewesen. Doch Zeit und die Kraft sind leider begrenzt. Ich muss auch gestehen, dass die Vereinbarkeit von politischem Engagement mit dem Job nicht immer ganz einfach ist. Das Debattieren habe ich des Öfteren vermisst, auch wenn ich das Glück habe, seit letztem Jahr im Kantonsrat politisieren zu dürfen. So freue ich mich, wieder im Rat inhaltlich mitdiskutieren zu können, selber Fragen stellen und Vorstösse lancieren zu können. Sobald ich dazu komme, wird es zwei, drei geben, das kann ich versichern. Zum Schluss möchte ich noch einmal alle ins Zentrum rücken, ohne die mein Jahr als Gemeindepräsidentin nicht erfolgreich hätte sein können. Ich danke:

- Euch, meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen, dass Ihr mir dieses Jahr ermöglicht habt. Ein spezieller Dank geht an mein Büro für's Mitdenken und die Unterstützung.
- Dem Gemeinderatssekretariat – ohne Beatrix Peterhans und Gina Sessa wäre es vom Aufwand her kaum machbar gewesen, aber es war auch eine sehr freudige und unkomplizierte Zusammenarbeit.
- Der Abteilung Allgemeine Verwaltung – ich hatte ab und zu eine Frage oder einen Wunsch, und diese wurden schnell und v.a. sehr zuvorkommend beantwortet. Wir können uns als Gemeinderat und als Dübendorf glücklich schätzen, auf unsere Stadtschreiber David Amman und Simon



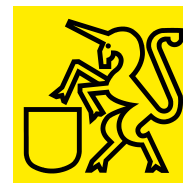
Winistörfer zählen zu dürfen. Mein Dank gilt aber sämtlichen Abteilungen, aus Sicht Gemeinderat v.a. auch für die Arbeit, welche sie für die Weisungen und die Beantwortung unserer Fragen und Ideen einsetzen.

- Dem Weibel Herr Putorti und den Hauswarten des Leepünts.
- Dem Stadtrat für die Gespräche anlässlich der gemeinsam besuchten Anlässe und speziell Lothar, der mich den mir teils unbekanntem Leuten immer sehr zuvorkommend vorgestellt hat. Es freut mich sehr, dass wir in diesem Jahr die Möglichkeit für einen zusätzlichen – eher informellen - Austausch zwischen Stadtrat und Gemeinderat einführen konnten, von dem ich hoffe, dass er sich gut etablieren wird.
- Allen, die sich an meinem Gemeinderatsausflug nach Winterthur und Umgebung beteiligt und zur Geselligkeit und Fröhlichkeit beigetragen haben. Für mich persönlich war es eines der Highlights, für Sie einen speziellen Tag organisieren zu dürfen, der erst noch von Petrus mit strahlendem Spätsommerwetter gekrönt wurde!
- Meiner Familie für die Geduld mit mir und meinen Absenzen in diesem Jahr, für die Begleitung an Repräsentationsanlässe und Kulturelles, für's Daumendrücken und Reden verbessern.

Die Arbeit als Ratspräsidentin und die Repräsentationen haben mir sehr grossen Spass gemacht und ich werde immer mit Freude an dieses Jahr zurückdenken. Auf der anderen Seite gibt es nun wieder Luft für anderes. So gibt es ein weinendes und ein lachendes Auge zum Abschied. Ich gebe mein Amt in meiner letzten Amtshandlung an meine beiden Vizepräsidenten weiter. Sie werden das Amt mit der gleichen Freude antreten und es würdig ausfüllen, das habe ich bereits herausgespürt.“

Verabschiedung durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen

„An der Ratssitzung vom 7. Mai 2012 bist Du mit 34 von 39 Stimmberechtigten mit einem Glanzresultat zur 39. Ratspräsidentin für das Amtsjahr 2012/2013 gewählt worden. Mit Respekt vor den Anforderungen an das Ratspräsidium hast du das Amtsjahr angetreten und dazu in der Antrittsrede gesagt: „Der Reiz liegt für mich darin, die Geschicke zu lenken und als Brückenbauerin zwischen Legislative und Exekutive zu dienen!“. Du hast die Ratssitzungen ruhig und mit Umsicht geleitet und dir damit grossen Respekt erarbeitet. Die von dir geleiteten Sitzungen sind wie von dir gewünscht in einem konstruktiven und lebhaften Geist verlaufen. Eine erste Herausforderung hattest du (aus eigener Aussage) zusammen mit der neuen Ratssekretärin Beatrix Peterhans und dem 1. Vizepräsidenten Dominic Müller zu bewältigen, denn für alle war es die erste Sitzung und man musste erst einmal herausfinden, wie man die Aufgaben am besten organisiert. Aus meiner Sicht ist das dem Team gut gelungen. Liebe Stefanie, du hast deine öffentliche politische Karriere sehr früh begonnen, das heisst du bist schon 23-jährig im Jahr 2006 in den Gemeinderat gewählt worden und hast dann 2012 mit 29 Jahren bereits das höchste Amt in Dübendorf erreicht. Während dem Amtsjahr hast du dann deinen 30-jährigen Geburtstag feiern dürfen und dazu auch alle Rats- und Stadtratsmitglieder zu einem Apéro eingeladen. Ganz nach deiner Vorstellung als „Brückenbauerin“ die Kontakte zu pflegen. Es ist dir auch wichtig gewesen als Repräsentantin an den verschiedensten Anlässen teilzunehmen und dich auch als 1. Augustrednerin beim Alterszentrum und dem Quartierverein Gfenn zur Verfügung zu stellen. Du hast dir für dein Amt viel Zeit genommen. Bei den vielen Kontakten hast du die Dübendorferinnen und Dübendorf gut vertreten und dabei Dübendorf ein Gesicht gegeben. Für das grosse Engagement danke ich dir ganz herzlich, es war sehr wertvoll. Ich hoffe auch, dass du deine Wünsche, Ziele und Ideen umsetzen konntest. In deinem Amtsjahr wurden 7 Sitzungen durchgeführt und 5 Sitzungen mangels genügend behandlungsreifen Geschäfte abgesagt. Auf eine Aufzählung der behandelten Geschäfte verzichte ich an dieser Stelle. Ganz speziell war dein Ratsausflug vom 14. September 2012 mit deiner eigenen Handschrift mit dem Motto „Unbekanntes und Genüßliches in und um Winterthur“ Bei strahlendem Sonnenschein trafen wir uns beim Bahnhof Stettbach um mit der S-Bahn nach Winterthur zu fahren. Mit den thematischen Stadtführungen hatten wir die Gelegenheit Winterthur in seiner ganzen Pracht kennen zu lernen. So haben wir stolze Gärten, verborgene Villen und neue-alte Gassen im Sulzerareal besichtigt. So konnten wir wieder einmal feststellen, dass in nächster Nähe viel Interessantes und Eindrückliches zu zeigen ist. Als Abschluss des ersten Programmteils ist auch noch ein Treffen mit dem Winterthurer



Gemeinderatspräsident Josef Lisibach und dem Stadtpräsidenten Michael Künzle organisiert worden. Natürlich haben sie Winterthur (berechtigterweise) in den höchsten Tönen angepriesen und gelobt. Thomas Bacher vom Anzeiger von Uster kommentiert in seinem Bericht: „...Ratsausflug... bei dem die Exekutive sehr gut, die rechte Ratsseite aber eher unterdurchschnittlich vertreten war.“ und bei der Gruppenführung rund ums „Essen und Trinken“ gab es die Klammerbemerkung „hier nahmen erstaunlicherweise am wenigsten Gäste teil“. Mit dem Postauto das mit Brennstoffzellen angetrieben wird, wurde dann das Weingut „Schloss Goldenberg in der Gemeinde Dorf besucht um bei einer Degustation die Vorzüge des heimischen Weines kennen zu lernen. Den Abschluss bei einem gemütlichen Nachtessen und eifrigen Gesprächen machte man dann in Henggart Wir alle danken dir für diesen schönen, spannenden und eindrücklichen Ratsausflug ganz herzlich. Es hat uns allen viel Spass gemacht und wir haben es sehr genossen.

Liebe Stefanie, Am Ende deines Präsidentschaftsjahrs möchte ich dir nochmals meinen Respekt und Dank für dein grosses Engagement im vergangenen Amtsjahr im Namen aller Dübendorferinnen und Dübendorfer, der Ratskolleginnen und Ratskollegen und natürlich im Namen des Stadtrates aussprechen. Du hast das Amt mit Würde, Respekt und sehr kompetent ausgefüllt. Ich wünsche dir für deine weitere politische Tätigkeit viel Freude und Befriedigung!“

7.1. Wahl des Präsidenten des Gemeinderates

Referent Präsident IFK, Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt den bisherigen ersten Vizepräsidenten, Dominic Müller (CVP) zum Ratspräsidenten für das Amtsjahr 2013/14 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Wahl gewählt.

Wahl

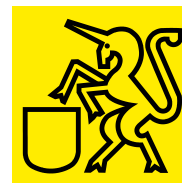
Zahl der Stimmberechtigten	<u>36</u>
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	36
./ leere Stimmen	2
./ ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	<u>34</u>
Absolutes Mehr	18
Gewählt Dominic Müller (CVP)	33
Vereinzelte Stimmen	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	<u>34</u>

Antrittsrede Dominic Müller (CVP)

„Diese Uhr da soll das Symbol sein für mein kommendes Jahr als Gemeinderatspräsident: Es ist die Uhr die mein Grossvater von der Stadt Dübendorf 1979 geschenkt gekriegt hat, dafür dass er 25 Jahre lang Friedensrichter war. Sie hat für mich einen emotionalen Wert. Andererseits ist ein Zeitmesser und Zeitgeber. Sie dient dazu die Zeit im Auge behalten: Die Zeit nicht zu überschreiten, aber auch darum bewusst Zeit zu geben, damit Gedanken Raum haben und sich Lösungen entwickeln können. Geschätzte Gemeinderatskolleginnen und –Kollegen, lieber Stadtrat, liebes Publikum. Ich möchte euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, danken für das Vertrauen, das ihr mir mit der Wahl zum Gemeinderatspräsidenten geschenkt habe. Das Amt ist für mich eine grosse Ehre und eine Herausforderung, der ich mit Respekt begegne. Ich bin Bürger von Dübendorf, weil meine



Grosseltern hier gewohnt haben und mein Vater hier aufgewachsen ist. Ich selber bin nicht hier aufgewachsen. Ich habe ein paar Kindheitserinnerungen an Dübendorf, z.B. an die Flügi, dort hat mein Grossvater sein ganzes Berufsleben lang als Flugzeugmechaniker gearbeitet vom Propellerflugzeug bis zur Mirage. Ich habe also Wurzeln in Dübendorf. Nach Dübendorf gezogen bin ich erst Anfang 2007 als Neuzuzüger quasi, da hatte ich die Gelegenheit mein Grosselternhaus zu übernehmen. Und seit 2010 in ich im Gemeinderat. Das ist noch nicht lang her. Ich bin seit 20 Jahren politisch engagiert, aber nach nicht mal drei Jahren im Gemeinderat zum Gemeinderatspräsidenten zu werden ist doch ein ungewöhnlicher Blitzstart. Er war nicht geplant und ist den Umständen rund um die Bürowahlen vom letzten Jahr geschuldet. Umso grösser ist die Herausforderung, aber auch das Vertrauen, das ich eurer Wahl entnehme. Ich möchte nun ein paar Worte verlieren zum Amt des Präsidenten, ich möchte einen Wunsch an die Politik in Dübendorf deponieren und zum Schluss darauf eingehen, was mir im kommenden Amtsjahr besonders wichtig ist. Mein Grossvater war mehr als 25 Jahre lang Friedensrichter in Dübendorf. Man erzählt sich einige Geschichten. So soll auch hie und da vorgekommen sein, dass er Paare, die im Zusammenhang mit einer Scheidung bei ihm waren, nachhause geschickt hat, und ihnen den Rat gegeben hat, noch mal über die Sache zu schlafen und sich genügend Zeit für den Entscheid zu nehmen. Ein Friedensrichter ist Moderator und Vermittler. Er muss vor allem zuhören können, die unterschiedlichen Seiten verstehen, ihre Interessen, ihre Bedürfnisse, er muss Beziehungen aufbauen, Brücken bauen helfen, er muss Zeit geben und sich Zeit nehmen. Er soll zwar seine eigene Meinung haben, sie aber zurück nehmen können, um dann doch im entscheidenden Moment aktiv zu werden, damit Lösungen möglich werden, die Bestand haben. Genauso ist es bei der Rolle des Gemeinderatspräsidenten. Er soll den Gemeinderat als Ganzes vertreten, Beziehungen pflegen und Brücken bauen. Der Gemeinderatspräsident soll die Ansprechperson sein für die Bevölkerung und für die Vereine, er soll zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat verbinden und er soll die Beziehung mit der Verwaltung pflegen. Man sagt, gewisse Eigenschaften liegen in der Familie. Die Eigenschaften, die meinen Grossvater zum Friedensrichter gemacht habe, finden sich auch bei mir wieder. Gerade deshalb glaube ich gut in diese Rolle zu passen und freue ich mich umso mehr auf dieses Amt. Im Übrigen sind es wohl auch diese Eigenschaften, die der Grund sind, dass meine politische Heimat in der CVP ist – eine Mittepartei, die vermittelt und Lösungen möglich macht, und nicht an den Extremen – weder ganz links und noch ganz rechts. Der Gemeinderatspräsident ist als Moderator und Vermittler für alle da. Dafür will ich mir Zeit nehmen und lade ich euch alle Bewohner von Dübendorf ein: Kommt auf mich zu! Für mein Amtsjahr aber auch darüber hinaus habe ich einen Wunsch an unsere politischen Diskussionen. Vielleicht kennen Sie das Zitat von Antoine de Saint-Exupéry über das Bauen eines Schiffs. Er hat gesagt: „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Leute zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Leute die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ Es gibt manchmal Momente, wenn ich den Diskussionen in unserem Rat zuhöre, wo mir dieses Zitat in den Sinn kommt. Es ist es die Aufgabe der Politik an unserem Dübendorf zu bauen – an unserem Schiff sozusagen. Es werden oft Leute zusammengetrommelt, es wird viel über Holz diskutiert, und es werden Aufgaben vergeben und Arbeiten eingeteilt. Es wird über Details des Schiffs diskutiert – ob das Hochhaus im Hochbord 100m oder nur 80m hoch sein soll oder ob es den Dübi Award braucht oder nicht. In diese Diskussionen investieren wir sehr viel Energie, oft ohne eine gemeinsame Lösung zu finden. Das Leepünt Areal von nebenan ist ein Musterbeispiel. Aber es wird sehr selten nie über das weite, endlose Meer diskutiert: Wie soll es denn unser Dübendorf in 50 Jahren aussehen? Sind wir eine zersiedelte, undefinierte Schlafstadt? Oder sind wir dann der Kreis 13 von Zürich? Von welchem Dübendorf träumen wir denn? Wenn wir uns für solche Diskussionen mehr Zeit nehmen und unsere Fantasie freien Lauf lassen, wird es möglich ganz andere, konstruktive Kräfte zu mobilisieren. Das Schiff – unser Dübendorf – baut sich dann fast viel einfacher. Ich wünsche mir, dass wir uns mehr Zeit nehmen, um gemeinsamen über das endlose, weite Meer zu diskutieren – darüber wie denn unser Dübendorf der Zukunft aussehen soll! Doch zum Schluss wieder konkret, was ist mir im kommenden Amtsjahr besonders wichtig: Am wichtigsten ist mir Kontinuität. Man muss nicht immer alles neu



erfinden. Und vor allem soll man auf dem aufbauen, was in der Vergangenheit erarbeitet wurde und konsequent weiter gehen: Meine Vorgängerin und deren Vorgänger hatten sich um Ziel gesetzt, den Kontakt mit der Verwaltung zu pflegen und vertiefen. Das ist auch mein Anliegen. Wir haben gute Leute in der Dübendorfer Verwaltung und wir können durch eine gute Zusammenarbeit viel voneinander profitieren. Wir haben in den vergangenen zwei Jahre auch technologische Neuerungen eingeführt. Z.B. das Rednerpult oder das iPad. Auch in diesem Thema gibt es noch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Die Verwaltung hat in den letzten Jahren unter der Leitung des Stadtschreibers und seines Stellvertreter eine starke Prozess- und Qualitätskultur etabliert. Ich bin der Überzeugung, dass diese Art strukturiert und in Prozessen zu denken und zu arbeiten, auch in den politischen Gremien und ihren Abläufen bedeutende Vorteile bringen kann. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung will ich hier wenigstens für die Arbeiten rund um das Büro des Gemeinderats hier einen Schritt weiter gehen. In diesem Amtsjahr kommt eine besondere Herausforderung dazu. Es ist wieder ein Wahljahr. Dann gilt noch viel mehr als sonst „sehen und gesehen werden“ – Präsenz ist alles in einem Wahlkampf. Die Gefahr dabei die Sache und die Zeit aus den Augen zu verlieren ist gross. Ich bin überzeugt, dass wir uns hier unterscheiden können von der Politik wie sie in Bern gemacht wird. Indem wir uns trotz aller Konkurrenz auch im Wahljahr nicht in taktischen Spielen verlieren, sondern dem gemeinsamen Wohl von unserem Dübendorf verpflichtet bleiben. Von mir könnt ihr Kontinuität erwarten: in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der laufenden Verbesserung der Abläufe und Strukturen. Von euch wünsche ich mir, dass ihr im kommenden Jahr die Sache nicht aus den Augen verliert und die Zeit im Auge behält. Liebe Gemeinderatskolleginnen und –Kollegen, liebe Einwohner von Dübendorf, liebes Publikum:

1. Kommt auf mich zu! Ich will mir die Zeit nehmen, euch zuzuhören, eure Interessen und Bedürfnisse verstehen, Beziehungen zu vertiefen und wo notwendig zu moderieren und vermitteln um Brücken zu bauen.
2. Nutzen wir die wertvolle Zeit, verlieren wir uns nicht in Details, sondern diskutieren wir mehr über unser gemeinsames Dübendorf der Zukunft!
3. Und vor allem, lasst uns auf dem aufbauen, was sich bewährt hat und den Weg konsequent weiter gehen und dabei auch im kommenden Wahljahr die Sache und das Wohl unsere gemeinsamen Dübendorfs nicht aus den Augen verlieren.

Diese Uhr soll durch das kommende Amtsjahr begleiten. Sie wird mich an meine moderierende Rolle erinnern. Und sie soll als Zeitmesser für unsere Sitzungen dienen, damit wir die Zeit nicht überschreiten, aber auch um die notwendige Zeit zu geben, damit konstruktive Diskussionen und Lösungen möglich werden. Behalten wir die Zeit im Auge: Nutzen wir sie bewusst und kreativ für das Wohl unser gemeinsamen Dübendorf!“

7.2. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates

Referent Präsident IFK

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Patrick Schnider (SP) zum 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2013/14 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Wahl gewählt.

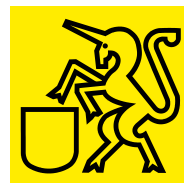
Wahl

Zahl der Stimmberechtigten

36

Zahl der abgegebenen Stimmzettel

36



./ leere Stimmen	6
./ ungültige Stimmen	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	<u>29</u>
Absolutes Mehr	15
Gewählt Patrick Schnider (SP)	29
Vereinzelte Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	<u>29</u>

7.3. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Gemeinderates

Referent Präsident IFK
Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Jacqueline Hofer (SVP) zur 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2013/14 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Wahl gewählt.

<u>Wahl</u>	
Zahl der Stimmberechtigten	36
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	36
./ leere Stimmen	10
./ ungültige Stimmen	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	<u>26</u>
Absolutes Mehr	14
Gewählt Jacqueline Hofer (SVP)	18
Patric Crivelli	4
Orlando Wyss	3
Vereinzelte Stimmen	1
Massgebende Stimmenzahl	<u>26</u>

7.4. Wahl der drei Stimmzähler

Referent Präsident IFK
Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt als Stimmzähler vor:

- Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)
- Benedikt Stockmann (BDP/EVP)
- Andreas Sturzenegger (FDP)



Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze zu besetzen sind.

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt der Gemeinderatspräsident Angelika Murer Mikolasek, Benedikt Stockmann und Andreas Sturzenegger als gewählt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr
Für die Richtigkeit

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Stefanie Huber
Gemeinderatspräsidentin Amtsdauer 2012/13



Dominic Müller
Gemeinderatspräsident Amtsdauer 2013/14

Jacqueline Hofer
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger
Stimmzähler